

NDG-Gegner sind keine Terroristenverstehrer!

Ab Oktober 2015 fangen die Gegner des vom Parlament beschlossenen Nachrichtendienstgesetzes (NDG) an, auf der Strasse und im Internet Unterschriften für ein Referendum gegen dieses Gesetz zu sammeln. Dabei wird ihnen als häufigstes Argument entgegengehalten werden, dass wir ein solches Gesetz brauchen, um die - besonders durch den IS verstärkte - Terrorismusgefahr einzuschränken.

Als Beweis wird dann jeweils der Chef des Nachrichtendienstes zitiert, dass dank der Arbeit seiner Mitarbeiter in den letzten Jahren Hunderte von Anschlägen verhindert werden konnten. Beispiele könne er leider nicht anführen, weil die Arbeit eines Geheimdienstes eben geheim bleiben müsse ...

NDG-Gegner gewichten Grundrechte nicht stärker als die Bedrohung an Leib und Leben, die vom Terrorismus ausgeht. Sie glauben nur nicht daran, dass die vom Nachrichtendienst eingesetzten Mittel geeignet sind, um diese Gefahr abzuwehren.

Spielarten des Terrorismus

Früher gingen terroristische Anschläge vor allem von klandestinen Gruppierungen aus, welche einen Machtwechsel oder die Weltrevolution mit gewaltsamen Mitteln anstreben. Historische Beispiele sind etwa anarchistische Bombenanschläge, Sabotageakte fremder Staaten in Kriegszeiten, linke (z.B. RAF) und rechte (z.B. NSU) Weltrevolutionsträumer, religiös motivierte Bewegungen (Al Kaida, Boko Haram, IS, ...).

In neuerer Zeit haben die schwieriger verhinderbaren Anschläge von - oft etwas paranoid veranlagten - Einzeltätern oder Kleinstgruppen zugenommen. Während 9/11 noch eindeutig dem Gruppenterrorismus zuzuordnen war, gehören der Norweger Breivik, die Boston-Attentäter, der Anschlag auf Charlie Hebdo und wohl viele europäische IS-Fans eher zur zweiten Gruppe.

Geheimdienste leisten durchaus nützliche Arbeit gegen klandestine staatsfeindliche Gruppen. Sie beschaffen sich Informanten in diesen Gruppen und sind so rechtzeitig über deren Pläne informiert, um Gegenmassnahmen zu ergreifen. Gegen 9/11 etwa wäre ein solches Vorgehen erfolgreich gewesen, wenn die Geheimdienste ihre Aufgabe professionell erledigt hätten. Gegen Einzeltäter greift diese Technik nicht. In ihrer Hilflosigkeit

keit setzen die Geheimdienste nun auf die flächendeckende Überwachung aller Bürger. Sie behandeln sozusagen die ganze Gesellschaft wie eine staatsfeindliche Gruppierung.

Teroristische Anschläge sind in letzter Konsequenz nicht total verhinderbar, sagen uns die Geheimdienstchefs. Es kann also nur darum gehen, das Risiko solcher Anschläge zu minimieren. NDG-Gegner sind davon überzeugt, dass die Einführung flächendeckender Überwachung das Risiko terroristischer Anschläge nicht verkleinert sondern vergrößert. Deswegen haben sie das Referendum gegen das vom Parlament beschlossene Nachrichtendienstgesetz ergriffen. Um eine Volksabstimmung über diesen Gesetzesentwurf zu erzwingen, müssen sie bis Ende Jahr 50'000 Unterschriften gesammelt haben.

Folgen der flächendeckenden Überwachung

Wir kennen viele Beispiele flächendeckender Überwachung durch den Staatsapparat und seine Geheimdienste in anderen Staaten heute und früher.

Ein abschreckendes Beispiel ist die Ausspähung aller Bürger durch die Staatssicherheit der DDR, an welcher mehr als ein Fünftel der Bevölkerung

beteiligt war. Sie hatte zur Folge, dass auch mit guten Freunden nicht frei kommuniziert wurde und keine ernstzunehmende Demokratie aufkommen konnte.

Selbstverständlich ist nicht nur die Überwachung Ursache des Gefühls der individuellen Bedrohung des Bürgers, sondern die negativen Konsequenzen im täglichen Leben, die sich aus der Verzeichnung der mittels Überwachung gewonnenen Tatsachen ergeben. Wer in der DDR von der falschen Person auf der Strasse nach dem Weg gefragt wurde und Auskunft gab, konnte wegen Westkontakt seine Wohnung, Ausbildung oder Arbeitsstelle verlieren. Die Folge der flächendeckenden Überwachung war die Vereinzelung der Gesellschaft, die erst in ein neues Gemeinschaftsgefühl umschlug, als sie ein unerträgliches Ausmass erreicht hatte.

Die heutigen Geheimdienste in Demokratien versuchen, die in der Öffentlichkeit spürbaren Konsequenzen für den Einzelnen möglichst zu minimieren, da sie der politischen Kontrolle unterstehen. Trotzdem kann es dazu kommen, dass man wegen Geheimdienstinformationen nicht mehr reisen darf, keine Flugzeuge mehr benutzen darf oder auf einer Terrorliste landet, ohne dass je eine Anklage erhoben oder ein Urteil gesprochen wurde. Dies geschieht durchaus auch heute in

Demokratien und durchaus auch bei uns. Da die Daten unseres Nachrichtendienstes mit Geheimdiensten anderer Länder ausgetauscht werden, können die Konsequenzen für den einzelnen Bürger besonders gravierend sein, wenn er in diese anderen Länder reisen will. Und die negativen Konsequenzen der mittels Überwachung gewonnenen und auf ewig gespeicherten Daten für das eigene Leben in fernerer Zukunft nach einem Parteienmachtwechsel oder einem ideologischen Umschwung können wir nicht einmal annäherungsweise abschätzen. Plötzlich dienen die Daten des Geheimdienstes als Basis zur Verfertigung schwarzer Listen von Menschengruppen, die interniert oder vernichtet werden müssen.

Die zunehmende Vereinzelung führt also zu verminderter Kommunikation unter den Bürgern, zur flächendeckenden Angst und zu einer grösseren Anzahl isolierter Einzelpersonen wie Breivik.

Politiker, die Verwalter der vom Bürger an den Staat delegierten Gewalt, lieben die Vereinzelung auch in Demokratien, da sie die Bürger leichter beherrschbar macht. Ohne die - nicht nur auf das NDG beschränkte und heutzutage meistens auf die digitale Kommunikation zielende - zunehmenden Vereinzelungsstrategie der Politik wäre die gegenseitige Kommunikation der Bürger intensiver. Wie das Beispiel Facebook zeigt, sind fast

alle Menschen bereit, im privaten und sozialen Bereich freiwillig viel über sich preiszugeben. (Diese freiwillige Offenheit kann nur als Argument für die Harmlosigkeit der unfreiwilligen Überwachung werten, wer einvernehmlichen Sex für ein Argument für die Harmlosigkeit von Vergewaltigung hält ...) Ohne die flächendeckende Überwachung durch den grossen Bruder würden auch zu Paranoia neigende, psychisch belastete Einzelmenschen weniger oft durch die Maschen einer die Grundrechte respektierenden und kommunikativen Gesellschaft fallen. In solche Gemeinschaften, wo die gegenseitige „Überwachung“ der Menschen durch ihre Nachbarn stark ausgeprägt ist, finden terroristische Anschläge ausgegrenzter Einzeltäter seltener statt.

Fazit

Wir brauchen einen Geheimdienst, welcher die gegen unseren Staat gerichteten Pläne in anderen Staaten oder von klandestinen Gruppen im eigenen Staat rechtzeitig aufspürt und der Politik ermöglicht, ihre Gegenmassnahmen zu treffen. Aber auch in anderen Staaten muss der Geheimdienst die Grundrechte der ausländischen Bürger respektieren. Auch im Ausland müssen Überwachungsmassnahmen auf kleine Gruppen beschränkt bleiben, von denen eine Gefahr gegen

das eigene Land ausgeht, und dürfen nicht in flächendeckende Überwachung ausarten. Somit verbietet sich auch die enge Zusammenarbeit mit Geheimdiensten, die diese Grenze nicht respektieren.

Ein solcher Geheimdienst muss ausreichend kontrollierbar sein, damit er nicht zum Spielball von undemokratischen Einzelinteressen wird, welche ihn einsetzen, um missliebige politische Bewegungen als staatsfeindlich zu verfolgen.

Um den Terrorismus von Einzeltätern zu minimieren, braucht unsere Gesellschaft keine flächendeckende Überwachung und Einschränkung der analogen oder digitalen Kommunikation, die zur Vereinzelung führt, sondern ein Gemeinschaftsgefühl, das sich auf ein Vertrauen auf die Einhaltung der Grundrechte stützen kann.

Version 1.01



, 17.09.2015, Hartwig Thomas

<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/ch/>